4.12.2023 - Redaktionsmeldungen

Kindesentführung, Leihmutterschaft, Mein Justizpostfach, Selbstbestimmungsgesetz

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

Warum Eltern ihre Kinder entführen

RedaktionsNetzwerkDeutschland | *Irene Habich*

In Hamburg hat vergangenen Monat ein Vater seine Tochter als Geisel genommen und versucht, sie in die Türkei zu entführen. Der Grund soll ein Sorgerechtsstreit mit der Mutter des Kindes gewesen sein. Der Artikel stellt die Frage: Warum entschließen sich Eltern immer wieder nach Trennungen dazu, ihre eigenen Kinder zu entführen?

„In der Ukraine und Russland wird Leihmutterschaft als Arbeit verstanden“

ZOIS Berlin | Interview mit *Veronika Siegl*

Die Sozialanthropologin Veronika *Siegl* hat untersucht, wie Leihmütter, Wunscheltern, Kliniken und Agenturen ihr Handeln sich selbst und anderen gegenüber legitimieren und darüber ein Buch veröffentlicht. Im Interview sagt sie u.a.: "In der Ukraine und Russland wird Leihmutterschaft als Arbeit verstanden, was die beiden Länder signifikant von anderen regionalen Kontexten wie den USA, Indien oder Israel unterscheidet"

Datenleck: „Mein Justizpostfach“ gewährt Dritten Datenzugriff

Netzpolitik.org | Esther *Menhard*

Über das neue Justizpostfach sollen Einzelpersonen digital mit der Justiz kommunizieren können. Doch der Preis dafür ist hoch, schreibt Esther *Menhard* auf netzpolitik.org, denn die privaten Daten gelangen in das Adress-Verzeichnis des elektronischen Rechtsverkehrs, auf das tausende Menschen aus der Justiz zugreifen können.

Ein Gesetz, das unbequem für alle ist

Süddeutsche Zeitung | Constanze von *Bullion*

Der Entwurf der Bundesregierung zum Selbstbestimmungsgesetz soll es non-binären, trans- und intergeschlechtlichen Menschen erleichtern, ihren behördlichen Geschlechtseintrag zu ändern. Doch manche halten ihn für gefährlich, andere für diskriminierend.

Die Scheidungskämpfe um die Kinder werden härter – jetzt diskutiert das Bundesamt für Justiz über eine Änderung im Familienrecht

Neue Zürcher Zeitung | Nicole *Althaus*

Jede zehnte Trennung in der Schweiz endet in einem erbitterten Kampf um das Kind. Dies treibt die Zahl der Kindesschutzmassnahmen in die Höhe, beschäftigt Anwälte, Gutachter und Gerichte. Die Ursache des Problems liege u.a. im gemeinsamen Sorgerecht, das in der Schweiz 2014 als Regel eingeführt worden ist und auch unverheirateten Eltern zusteht, heißt es im Artikel: "Zerstrittenen Paaren [...] habe die geteilte Sorge als Regel und die von Gerichten grosszügig angeordnete alternierende Obhut viele neue Konfliktfelder eröffnet".